

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

3. Jahrgang

Wien - Graz, August 1931

Nummer 16

Nach der Katastrophe des Volksentscheid-Manövers.

Aus dem Mitteilungsblatt der linken
Opposition der KP.

Die Katastrophe vom 9. August stellt die Partei hart und unerbittlich vor die Entscheidung, die Lehren aus einer Niederlage zu ziehen, die das Ergebnis einer in der Wurzel falschen, opportunistischen und in ihren Auswirkungen liquidatorischen Politik ist. Jeder, der versucht, die Niederlage zu beschönigen oder gar in einen „Teilerfolg“ umzulügen, handelt an der Partei schlimmer als ein offener Feind der Partei.

„Ausprechen, was ist“, das ist jetzt der einzige Weg, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die uns die politischen Bankrotteure an der Spitze der Partei geführt haben.

Er innert ihr euch, Parteigenossen, mit welchem Siegesfanfaren Thälmann, der innerlich von der Verderblichkeit der Reimann-Taktik überzeugt war, auf der Funktorenkonferenz am 24. Juli dieses Abenteuers einleitete? Ins Lager der Bourgeoisie werden wir die Forderung tragen, „unseren Einbruch in die SP. erweitern und die innere Gärung in dieser Partei beschleunigen... das alles wird uns gelingen“. Also sprach der weise Thälmann...

Am 9. August wurden für den Volksentscheid 9.794.000 Stimmen abgegeben. Die Parteien, die zum Volksentscheid aufrufen, haben in Preußen am 14. September 12.270.000 Stimmen aufgebracht, das sind um 2.500.000 mehr als am 9. August. Das bedeutet einen Verlust von mehr als 20 Prozent. Bedeutet, daß es der Parteiführung vielleicht gelungen ist, wenigstens 80 Prozent der kommunistischen Wähler aufzubringen? Keineswegs! Wir sehen im Gegenteil, daß es dem Faschismus in den von ihm beherrschten reaktionären Gebieten wie Pommern fast 100 Prozent seines Anhangs aufzubringen, während in den industriell-proletarischen Bezirken, wie Düsseldorf Ost und West, Berlin usw. die Volksentscheidsziffer tief unter den Ziffern des 14. September liegt.

Das bedeutet, daß die gegenüber dem 14. September fehlenden Stimmen in erster Linie durch die Absentierung der kommunistischen Wähler entstanden erklärt werden müssen. Das läßt sich mit zwingender Deutlichkeit an den Ergebnissen in den Berliner Arbeiterbezirken nachweisen. So zum Beispiel am Wedding. Hier hatte die KP. am 14. September 99.207 Stimmen erhalten, die faschistische Front erhielt 52.000 Stimmen. Beim Volksentscheid wurden am Wedding nur 89.986 Stimmen abgegeben, das sind um 10.000 weniger als die KP. allein am 14. September erhielt. Nehmen wir an, daß von den von den faschistischen Stimmen statt 52.000 nur 40.000 zum Volksentscheid aufgebracht wurden. Dann brachte die KP. noch 49.000 auf, das ist weniger als 50 Prozent ihrer Stimmen vom 14. September.

In Friedrichshain hatte die KP. am 14. September 79.000 Stimmen, die faschistische Front 64.000. Beim Volksentscheid wurden aber nur 77.000 Stimmen abgegeben. Mindestens 60 Prozent der kommunistischen Wähler blieben fern. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Reudlin, wo ungefähr 50 Prozent, und am Prenzlauer Berg, wo 40 bis 50 Prozent der kommunistischen Wähler fernblieben.

Nicht anders ist es im westdeutschen Industriegebiet. In Essen: Reichstagswahlen KP. 88.000, faschistische Front 110.000 Stimmen, am 9. August wurden 118.000 Stimmen abgegeben. Hier müssen 50 bis 60 Prozent der kommunistischen Wähler ferngeblieben sein. In Dortmund dürften kaum 50 Prozent der kommunistischen Wähler gefolgt sein und in Düsseldorf, wo am 9. August 91.000 Stimmen abgegeben wurden (14. September: KP. 72.000, faschistische Front 100.000), dürfte der Absorbd an kommunistischen Absentierungen gewesen sein — etwa 60 bis 75 Prozent!!

Nicht ausgedrückt ist in diesen Ziffern die verhängnisvolle Wirkung der Parteitaktik auf die unzufriedenen SP.-Arbeiter, deren einsehende Massenopposition vorläufig völlig zerklüftet ist, die furchtbare Entfremdung zwischen Kommunisten und reformistischen Arbeitern in den Betrieben und freien Gewerkschaften und schließlich die Verwirrung in der Partei.

Deprimiert und isoliert steht die revolutionäre Partei am Vorabend von Entscheidungskämpfen, deren Erfolg davon abhängen wird, ob es endlich gelingt, die Massen ohne Unterschied der Partei zu revolutionären Massenaktionen zu sammeln.

In dem erbitterten Kampf gegen die zentristischen Bankrotteure, den die revolutionären Elemente, geführt von den Linken in der Partei führen, dringt auch die Stimme aus dem opportunistischen Sumpf der Rechten (Brandler) und Ultralinken (Urbahn). Ihre Statute schrien von den Säulen täglich, daß d.: KP. eine Einheitsfront mit den Faschisten geschlossen habe. Ihre Presse überlugelte sich in Beweisen für diese Behauptung, und Thälheimer, der Theoretiker von 1923, beweist sogar, daß die gegenwärtige bereits revolutionär sei und daß die Partei gleichsam die Revolution verschleife.

Aus dem Munde dieser Opportunisten klingt dies festsam genug und es ist nichts anderes als schlimmste Demagogie.

So falsch und verhängnisvoll die Volksentscheidtaktik der Partei war, ein Bündnis mit dem Faschismus war sie natürlich nicht. Eine solche schändliche Bündnistaktik ist den Brandler, Thälheimer usw., unterläßt von Ruth Fischer, Nojensberg (die Schusspatrone Urbahn), 1923 vorbehalten geblieben.

Wer war es, der am 18. August, mitten in der Schlagertaktik, schrieb: „Sogar mit Lenin, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben, werden wir

S. 2

fehlend

S. 3

fehlend

Werbet und werbet Mitglieder!

Graz'er Genossen und Abonnenten des „Mahnruf“!

Meher denn je ist es notwendig, unsere Kräfte zu sammeln. So schwach wir angesichts der darrenden Aufgaben sein mögen, so sind wir doch ein wichtiger Teil der revolutionären Front. Gerade in revolutionären Zeiten kann auch eine kleine Gruppe, wenn sie eine richtige Politik vertritt, eine entscheidende Rolle spielen. Das gilt um so mehr für die linke Opposition, die den Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung auf dem Boden der Lehren Lenins kämpft. Ohne leninische Politik und Strategie, ohne der Rückkehr vom Stalinismus zum Leninismus wird in Oesterreich keine kommunistische Massenpartei entstehen. Es gilt unsere Kräfte zu stärken und unsere Reihen auszufüllen. Es gilt neue Kämpfer für die leninischen Ziele der kommunistischen Linksoption, für die Einheit der KPO, zu gewinnen. Es gilt revolutionäre Kadere zu bilden, die diesen unvermeidlichen Kampf führen. Werbet Mitglieder der kommunistischen Linksoption Oesterreichs.

Stalin. Gewiß, er wird nicht die Sterne vom Himmel herunterholen; intellektuell ist dies ein mittelmäßiger Mensch, theoretisch ungenügend vorbereitet, ohne breiten Horizont. Das fühlen wir nicht selten auf unserem eigenen Boden. Doch er besitzt unersehbare positive Eigenschaften: Härte, Widerstandsfähigkeit, Ausdauer. Ueberdies ist er mit dem Apparat ver wachsen. Und was Sie auch sagen mögen, der Apparat ist jetzt alles.“ So sprechen sehr viele der Bürokraten. Ihnen scheint, die Erdrosselung der Partei, so schmerzhaft sie auch sei, ist durch die Umstände gerechtfertigt und später... später kommt der Sozialismus und alles wird wieder zurechtgestrichelt.

Hier oben offenbart sich der grundlegende Fehler. Der Sozialismus ist kein fertiges System, das in vollendetem Gehalt einem einzelnen Kopfe entspringen kann, was sei es auch der genialste Kopf. Die Aufgaben der richtigen Verteilung der Produktionskräfte und -mittel können nur gelöst werden auf dem Wege beständiger Kritik, Ueberprüfung, Ueberwinden der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Proletariats. Lehnen wir die formale Demokratie ab, die in der kapitalistischen Umkehrung die Uebergabe der Schlüssel an den reichen und bis an die Zähne bewaffneten Feind bedeutet, so werden wir indes ohne Klassendemokratie nicht nur den Sozialismus nicht aufbauen, sondern auch die Diktatur des Proletariats nicht erhalten können. Die Stalinischen Jidzads kommen teuer zu stehen und mit jedem Male immer teurer. Bloß Narren und Blinde vermögen zu glauben, man könne den Sozialismus von oben oktroyieren, auf bürokratischem Wege einführen. Lauter als je zuvor warnen wir die fortschrittlichen Arbeiter der ÖSSA und der ganzen Welt: Der neue Jidzad Stalins, unabhängig davon, wie er sich in der nächsten Zeit entwickeln wird, führt unabwieslich zu neuen und noch schärferen Gegensätzen, schon in der kommenden Etappe. Man muß mit der Wiederbelebung der proletarischen Demokratie beginnen. Dies ist jetzt das entscheidende Glied der ganzen Kette. Man muß die Probleme der Wirtschaft in ihrem vollen Umfange der Partei und den Gewerkschaften zur Diskussion unterbreiten. Hierzu ist notwendig, daß die Bolschewiki aufhören, zu fürchten, die Wahrheit auszusprechen. Das kann man nur erreichen, wenn man von jenen die Ketten nimmt, die für das Recht, die Wahrheit zu sprechen, geknüpft haben und knipfen. Man muß die linke Opposition (Bolschewiki-Demokraten) wieder in die Partei nehmen. Man muß die

Diskussion über die Grundlage der Wirtschaft und Politik eröffnen. Man muß einen Parteitag auf der Basis der Parteidemokratie vorbereiten!

Kadix, den 15. Juli 1931.

L. Troppf.

Was uns Arbeiter schreiben.

Neue Methode der J. D. A. Graz.

Vor einigen Monaten ließ die J. D. A. Plakate in den Räumen des Arbeitslosenamtes mit folgendem Inhalt anhängen:

„Arbeitslose, Achtung!

Die Unterstützung ist auf der Arbeitskarte (Höchstausmaß) festgesetzt. Bei ohne Unterbrechung die Unterstützung weiter erhalten will, muß mindestens vier Wochen vorher beim Arbeitslosenamt um Verlängerung ansuchen.“

Aus Bequemlichkeitsgründen und mit der schlauen Berechnung, daß viele Arbeitslose nicht lesen können oder gar darauf vergessen, weil sie von dieser Neuordnung gar nichts wissen, hat die J. D. A. dies durchgeführt.“

Vom Fristablauf (Höchstausmaß), 14 Tage vorher, hat der Schalterbeamte den Bescheid zum Ausfüllen den Arbeitslosen ausgehändigt. Jetzt verlangt man, der Arbeitslose muß selbst vier Wochen vorher ansuchen. Wer das nicht macht, bekommt 3 bis 4 Wochen keine Arbeitslosenunterstützung. Dadurch erspart die J. D. A. Graz Tausende von Schillingen. Viele Arbeitslose bekommen Arbeit und sind 1 bis 2 Monate beschäftigt, haben ihr Höchstausmaß erreicht. Die Folge davon ist, daß der Arbeitslose als Strafe, daß er ein paar Tage gearbeitet hat und nicht früher ansuchen konnte, 2 bis 3, auch 4 Wochen auf die Verlängerung warten muß.

Arbeitslose, die ihr noch im Bezug der Unterstützung sind, vergeßt nicht darauf, so lange dies besteht, vor Ablauf des Höchstausmaßes zum Beispiel: Auf der Arbeitskarte steht bis 30. September 1931, so muß derjenige Arbeitslose vier Wochen vorher bei seinem Schalter, das ist am 2. September 1931, um Verlängerung ansuchen. Jeder Arbeitslose muß sich nach seinem Datum (Höchstausmaß) richten.

Arbeitslose, wehrt euch gegen diese Neuordnung, die man aus Bequemlichkeitsgründen auf eure Kosten durchgeführt hat. Diese Maßnahme muß verschwinden. Nicht genug der Massenaussteuerungen und Kürzungen der Unterstützungen, will man euch mit administrativen Schikanen aufs Neue strafen. Ihr Herren der J. D. A., der Bogen ist schon übergespannt. Das Arbeitslosenkomitee muß mehr wie bisher sich um diese Dinge kümmern und für die Beseitigung dieser Neuordnung den Kampf führen. Es muß verlangt werden, daß die Ansuchen um Weiterverlängerung vor Ablauf des Höchstausmaßes, so wie früher, vom zuständigen Schalterbeamten anisiert werden.

Polizei gegen ausgeworfene Arbeitslose.

Der sozialdemokratische Schalterbeamte Hübmam des Arbeitsnachweises Graz ließ dieser Tage einen ausgeworferten Arbeitslosen von der Polizei aus dem Warteraum jagen, bloß weil diesen einen Wis machte über einen Aussteuerungsbeschluss, den ein Arbeiter in der Hand hielt. Nur Geduld! Es kommt der Tag, wo den Methoden dieser „Sozialisten“ ein Ende gemacht wird.

Ein Arbeitsloser.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. Verleger, Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rosbarogasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) Druck: „Wela“, Wien, 2. Bez., Tuchlauben 52B.